

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 1,95 Mk. ohne Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Vorsatzzeile 25 Pfg.

Die Reklamezeile 70 Pfg.

Filialen in Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Obernhof, Attenhausen, Schweighausen, Humberg, Elisenhütte.

Telegraphenanschluß Nr. 24.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Nr. 12

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Lahn).

Donnerstag, 30. Januar 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

42. Jahrg

Das neue Reich und das alte Preußen.

Im Berliner Politischen Tagesdienst lesen wir: Die rein doktrinar-mechanische Art, wie der Preussische Verfassungsplan das alte Preußen zerlegt, läßt irgendwelche große leitende Gesichtspunkte für eine organische Neugliederung der deutschen Volksstaaten ebenso vermissen wie das der Demokratie ja freilich auch sonst abgehende Gefühl für nicht nur wirtschaftliche innere Zusammenhänge und Gegensätze. Die scharfe Kritik, die insolge dessen von allen Seiten, sowohl von den Anhängern einer Erhaltung des preussischen Staatsgefüges wie von der Befürwortern einer organischen Neuregelung, gegen den Verfassungsentwurf eingelegt hat, ist wohl der Anlaß zu der inzwischen erlassenen offiziellen Bescheidigung, daß es sich hierbei keineswegs um eine „Regierungsvorlage“ sondern lediglich um eine „Ausarbeitung des Reichsamt des Innern“ handle, mit der die gegenwärtige Regierung sich in keiner Weise identifiziere. Das eröffnet immerhin die tröstliche Aussicht, daß der beschämende Vilettantismus dieser Verfassungskritik ohne sonderlichen Widerstand abzuwehren sein wird. Um so befremdlicher ist es, daß laut gleichzeitiger Verlautbarung der Übergangsregierung die preussische Nationalversammlung, die mit so befeindlicher Eile schon an diesem Sonntag gewählt werden muß, ihre Arbeit erst beginnen soll, nachdem die deutsche Nationalversammlung die neue Reichsverfassung durchberaten haben wird. Mit der Verwirklichung dieser Absicht würde die vorläufige Regierung ihre habsbürtige Feindseligkeit gegen den preussischen Staat in höchst undemokratischer Weise an der Bevölkerung Preußens auslassen, die denn eigentlich doch ein Anrecht darauf hat, sich zunächst unter sich darüber auszusprechen, ob und in welcher Form sie künftig zusammenbleiben oder friedlich auseinandergehen will. Jedenfalls verbitten die bisherigen preussischen Staatsbürger, einerlei, ob sie dem Gemeinwohl oder dem Trennungsgedanken den Vorzug geben, es sich mit aller Höflichkeit und Bestimmtheit, daß über diese ihre staatsrechtliche Zukunftsfestlegung die Angehörigen anderer deutscher Staaten und Stämme förmlich beraten und wohl gar beschließen sollen, bevor ihnen, den preussischen Staatsbürgern, selber Gelegenheit geboten wird, ihre eigene Auffassung und Wünsche in dieser ihrer ureigensten Angelegenheit verbindlich zu vertreten.

Erzbergers diplomatische Unfähigkeit.

— Berlin, 25. Januar. In der gestrigen Vollziehung in Sp. kündigte General von Winterfeld an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission zurücktrete. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Marschalls Foch, daß derjenige Abschnitt der neutralen Zone, der die auf badischem Gebiet liegenden östlichen Forts umschließt, auf Grund der letzten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages binnen sechs Tagen vom 23. Januar an besetzt werden wird.

Das Gold der Reichsbank.

Bei den letzten Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes haben die deutschen Vertreter mitgeteilt, daß die Goldreserve der deutschen Reichsbank bereits seit einigen Wochen aus Berlin weggebracht worden ist und sich gegenwärtig in verschiedenen Filialen der Reichsbank in Süddeutschland befindet.

Die deutschen Kolonien.

— London, 25. Januar. (Reuter.) Die Times melden aus Paris: Bei der gestrigen Verhandlungen über die Kolonien erhob Emuts im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. Ueber diesen Punkt herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und Südostafrika in irgendeiner Form von Neuverteilung zu begnügen. Infolgedessen braucht man noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoa-Inseln und den Pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung dieser Inseln der Äquator als die südliche Grenzlinie festgesetzt werden solle. In diesem Falle würde Japan die Karolinen- und Marshall-Inseln erhalten.

Demokratisierung der Gemeindebehörden.

Berlin, 24. Jan. Das preussische Staats-

ministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Neuwahlen sind zum 2. März anderaumt nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlrecht. Am 2. März verlieren die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis. In Verfolg dieser Verordnung bestimmt eine Verfügung des Staatsministers des Innern, daß die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern und Gemeindevorständen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts untersagt ist. Dadurch wird zugleich mit der Gemeindevertretung auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

Eröffnung der Württembergischen Landesversammlung.

Stuttgart, 23. Jan. Die Württembergische Landesversammlung wählte bei ihrem heutigen Zusammentritt den Sozialdemokraten Kell mit 137 von 144 Stimmen zum Präsidenten, zum 1. Vizepräsidenten den Demokraten Oberbürgermeister Reck aus Göttingen und zum 2. Vizepräsidenten das Zentrumsmittglied Landgerichtsrat Walter aus Ellwangen. Morgen wird die Geschäftsordnung beraten.

Württembergers Einspruch gegen Preußens Zerstückelung.

— Stuttgart, 24. Januar. Die Württembergische Regierung entsendet die Minister Hegmann und Fiesching sowie den Professor Blume aus Tübingen zur Bundesstaatenkonferenz in Berlin mit dem Auftrag, der Zerlegung Preußens entgegenzutreten, die zum Verfall des Reiches führen würde.

Ein Antrag auf Auslieferung des Kaisers.

— Basel, 24. Januar. Die „Times“ melden aus Washington: „Der Antrag auf Auslieferung des Kaisers umfaßt auch die Forderung nach Auslieferung von neun Mitschuldigen, darunter General Lubenoff, Admiral v. Tzipitz, Staatssekretär v. Jagom, den deutschen Kronprinzen und General v. Falkenhagen.“

Die Pariser Konferenz.

Gegen die U-Boote.

Haag, 24. Jan. In Paris verlaufen folgende Einzelheiten über die Pläne wegen des Verbots der Verwendung von U-Booten, die am Samstag in der Vollziehung behandelt werden. Die Amerikaner machen folgende Vorschläge: 1. Die Verwendung von U-Booten wird unbedingt verboten. 2. Alle bestehenden U-Boote werden vernichtet durch alle Staaten, welche dem Bölkerbund als Mitglieder beitreten. 3. Sie verpflichten sich weiter, keine neuen U-Boote zu bauen und alle Studien auf diesem Gebiete zu unterlassen. Admiral Benson wird diese Vorschläge verteidigen. Zwar ist die amerikanische Abordnung einig hierüber, aber es war bis jetzt keine Gelegenheit, den Plan im interalliierten Kriegsrat zu behandeln. Wahrscheinlich wird England einverstanden sein.

Noch keine Schiffe mit Lebensmitteln unterwegs.

Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Reederkreisen mitgeteilt wird, ist die wiedergegebene Nachricht der Neuen Rotterdamsche Courant, daß vorgefunden die ersten Schiffe mit Lebensmitteln aus den Verbandsländern für die deutsche Bevölkerung nach Deutschland gefahren seien, unzutreffend.

Die Sünden der Revolution.

Ein Verbrechen der Revolution.

Die „Köln. Volksztg.“ bringt folgende Auffehen erregende Mitteilung: Als der Zusammenbruch nahte, traten die Balten mit dem Wunsch hervor, dem sinkenden Deutschland einen Liebesdienst zu erweisen. Sie wollten zum Danke dafür, daß Deutschland sie im Februar aus der Hand der Bolschewiken befreit, an die Militärverwaltung ihre Viehherden und ihre Kartoffelloorräte verkaufen. Sie gingen dabei von dem Gedanken aus, daß die Ostseeprovinzen nach der Räumung durch die deutschen Truppen alsbald von den Bolschewiken überflutet würden und alle Lebensmittel binnen wenigen Tagen ausgezehrt wären. Es wäre ihnen, den Balten, aber lieber, wenn die Vorräte dem hungernden deutschen Volke als den Bolschewiken zu-

gute kämen. Es war unmöglich, diesen Plan durchzuführen und damit viele tausend Stück Vieh und ungezählte Mengen Kartoffel nach Deutschland zu bringen, weil das sozialdemokratisch verfeuerte Heer auf den sofortigen Abtransport drängte.

Es ist hinlänglich bekannt, daß der Verband die Räumung dieser Gebiete wegen der Bolschewikengefahr gar nicht wünschte. Man hätte also Zeit genug gehabt, um die im Osten stehenden älteren Jahrgänge durch aktive Truppen abzulösen und so die Bolschewiken zurückzuhalten. Jetzt sind aber durch die Schuld der Revolutionsmänner die baltischen Provinzen zum zweitenmal verwüßt, gewaltige Lebensmittelloorräte der Militärverwaltung vergeudet, russische Kriegsbeute von Milliardenwert ist verschleudert, vieltausendköpfige Viehherden sind vernichtet, die mit riesigen Kosten im Oberostgebiet hergestellten Bahnanlagen sind zugrunde gerichtet, das rollende Material ist in die Hände der Polen und Bolschewiken gefallen.

Der Abzug der deutschen Osttruppen ist ein Kapitel in der deutschen Geschichte, das schaudern macht. Daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete uns ihre schmachvolle Auslieferung an die bolschewistischen Horden niemals vergeffen wird, ist selbstverständlich. Dieses Deutschland nimmt solche Dinge nicht tragisch, den endgültigen Untergang der Deutschen, die 700 Jahre dem Mutterlande die innere Anhänglichkeit bewahrt haben, wird es nicht beklagen! Die Millionen der Herren Joffe und Lenin sind für die deutsche Sozialdemokratie von höherem Werte als die letzte Liebesgabe eines noch in der Stunde des Scheitens dankbaren deutschen Volksstammes.

Die Verbrechen der Revolution muß das deutsche Volk büßen.*

Bern, 22. Jan. Im Petit Parisien fordert der Unterstaatssekretär für Handelschiffahrt Bouillon für Frankreich 920 000 Tonnen deutschen Schiffsraum als Ersatz für den im Kriege verlorenen Frachtraum. Frankreich möchte die ihm zuzugenden Schiffe auswählen dürfen.

Weitere Wahlergebnisse.

Diez: Deutschdemokraten 762, Sozialdemokraten 547, Deutsche Volkspartei 204, Zentrum 208, Deutschnational 11, Unabhängig 1. Freuden: D. Demokraten 380, Sozialdemokraten 446, D. Volkspartei 100, Zentrum 86.

Laurenburg: Sozialdemokraten 100, Deutsche Volkspartei 21, Demokraten 55, Zentrum 15.

Horhausen: Demokraten 66, Sozialdemokraten 71.

Giershausen: Deutsche Volkspartei 36, Deutschnational 2, Sozialdemokraten 1.

Kemmenau: Deutsche Volkspartei 22, Sozialdemokraten 42, D. Demokraten 63, Deutschnational 3, Zentrum 5, Unabhängig 3.

Bremberg: D. Demokraten 94, Sozialdemokraten 59, D. Volkspartei 10, Zentrum 4.

Cramberg: D. Demokraten 17, Sozialdemokraten 101, D. Volkspartei 159.

Holzappel: D. Demokraten 117, Sozialdemokraten 140, D. Volkspartei 55, Zentrum 13, Deutschnational 38.

Fachbach: Deutsche Volkspartei 22, Sozialdemokraten 120, D. Demokraten 28, Deutschnational 4, Zentrum 153.

Nievern: Deutsche Volkspartei 10, Sozialdemokraten 170, D. Demokraten 5, Zentrum 181, Unabhängig 2.

Embs: Deutschnational 62, Deutsche Volkspartei 466, Zentrum 870, D. Demokraten 1064, Sozialdemokraten 676, Unabhängig 4.

Altendiez: D. Volkspartei 30, Sozialdemokratie 327, Demokraten 188, Zentrum 2.

Eppenrod: D. Volkspartei 83, Sozialdemokratie 24, Demokraten 77, Deutschnational 27.

Gutenacker: D. Volkspartei 90, Sozialdemokratie 31, Demokraten 45, Zentrum 2.

Isselbach: D. Volkspartei 20, Sozialdemokratie 12, Demokraten 33, Deutschnational 22.

Steinsberg: D. Volkspartei 2, Sozialdemokratie 16, Demokraten 94.

Röddorf: D. Volkspartei 53, Sozialdemokratie 1, Demokraten 197, Zentrum 1.

Baldunstein: D. Volkspartei 3, Sozialdemokratie 107, Demokraten 18, Zentrum 117.

Geilnau: Sozialdemokratie 127, Demokraten 40.

Wassenbach: D. Volkspartei 10, Sozialdemokratie 64, Demokraten 45, Zentrum 20.

Schaumburg: D. Volkspartei 11, Zentrum 7.

Müll. D. Volkspartei 41, Sozialdemokratie 74, Demokraten 10, Deutschnational 2. Schönborn: D. Volkspartei 15, Sozialdemokratie 108, Demokraten 51.

Klingelbach: D. Volkspartei 18, Sozialdemokratie 93, Demokraten 95, Deutschnational 1, Zentrum 4.

Reitert: D. Volkspartei 10, Sozialdemokratie 13, Demokraten 74, Zentrum 4.

Scheidt: D. Volkspartei 2, Sozialdemokratie 82, Demokraten 20, Deutschnational 1.

Charlottenberg: D. Volkspartei 15, Sozialdemokratie 50, Demokraten 25.

Birlenbach: D. Volkspartei 135, Sozialdemokratie 217, Demokraten 111, Zentrum 12.

Heidenbach: D. Volkspartei 48, Sozialdemokratie 170, Demokraten 33, Zentrum 1.

Dörnberg: D. Volkspartei 20, Sozialdemokratie 106, Demokraten 15, Zentrum 2.

Rageneibogen: D. Volkspartei 231, Sozialdemokratie 133, Demokraten 121, Zentrum 35.

Wahlergebnis im Unterlahnkreis.

Zahl der abgegebenen Stimmen am

26. Jan. 19. Jan.

Demokrat 6020 6300

Sozialdemokrat 5532 5811

Deutsche Volkspartei 2841 3003

Zentrum 2401 2539

Deutschnational 834 869

Unabhängige 8 6

Von Nah und Fern.

Nassau, 29. Januar. Im Stimmbezirk Nassau betrug die Zahl der in der Wählerliste eingetragenen Wahlberechtigten 1321.

Zahl der abgegebenen Stimmen am 26. 1. 19. 1.

Wahlberechtigter 1321 1162 1192

Davon waren männlich im Alter von:

20 Jahren 1 1 1

21 bis unter 25 Jahren 38 33 34

25 und mehr Jahren 492 448 451

Davon waren weiblich im Alter von:

20 Jahren 29 24 24

21 bis unter 25 Jahren 95 83 79

25 und mehr Jahren 666 573 603

Nassau, 28. Jan. Die in Nr. 11 angekündigte Sitzung des größeren Ausschusses der bürgerlichen Parteien Nassaus am 29. Januar 1919 kann nicht stattfinden, worauf hierdurch hingewiesen sei.

— Im „Hochster Kreisblatt“ ist folgende amtliche Bekanntmachung enthalten:

„Am Tage nach der Wahl zur Nationalversammlung hat sich im Wahlraum des 8. Stimmbezirks folgender Schriftwechsel vorgefunden:

Lieber Hasselbach!

Schicke mir doch bitte, wenn es dir möglich ist, eine Partie zuverlässiger Leute, die ich evtl. wählen lassen kann für Leute, die abgereist sind. Es sind dies meistens Schlafburgen, die verschwunden sind. Es müssen halt fremde Gesichter sein. Schicke mir die Leute ins Wahlbüro in der Drehscheibe bei Winter.

Mit Gruß Fuchs.*

Schlepperdienst sehr faul hier.*

Der vorgenannte Hasselbach ist Mitglied des Wahlausschusses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Wir veröffentlichen den Briefwechsel mit dem Hinzufügen, daß er auf Befehl des Magistrats der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung übergeben worden ist und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die Wahlvorstände zur Preussischen Landesversammlung ersucht worden sind, die Persönlichkeit der Wähler genau zu prüfen. Alle Wähler werden daher ersucht, ihre Personalausweise zur Wahl mitzubringen.

Hochst a. M., den 21. Januar 1919.

Der Magistrat.

— Die Deutsch-Evangelische Volksvereinigung in Frankfurt a. M. hatte für Montag, den 6. Januar 1919 eine Mitgliederversammlung in den Bürgeraal des Rathauses einberufen, welche von über 2000 Männern und Frauen besucht war. Einleitend gab der Vorsitzende einen Überblick über die Tätigkeit der Vereinigung in den letzten Wochen, wobei als erfreuliche Tatsache zu konstatieren ist, daß die Mitgliederzahl der Vereinigung auf über 5000 angewachsen ist. In der Ver-

sammlung wurden die Antworten der verschiedenen politischen Parteien, welche auf die Forderungen, die die Paulskirchen-Versammlung aufgestellt hatte, im Druck vorgelegt. Von der Sozialdemokratie war keine Antwort eingelaufen. Jedem Mitglied sollte es auf diese Weise ermöglicht werden, nach bestem Wissen und Gewissen sich ein Urteil zu bilden, welche Kandidaten zu unterstützen seien. Es entspann sich eine lebhafteste Aussprache in welcher die verschiedenen Ansichten und Richtungen zum Ausdruck kamen. In dieser Aussprache wurde eindringlich gefordert, den Mitgliedern an Hand der eingelaufenen Antworten, der Prüfung der Parteiprogramme und der aufgestellten Kandidaten in Bezug auf deren Zuverlässigkeit in evangelischen Interessen eine feste, klare Parole zu geben. Andererseits wurde besonders hervorgehoben, die freie Willensentscheidung der Mitglieder nicht zu beeinflussen. Die Gesamtansicht der Versammlung fand ihren Niederschlag in einer Entschließung, die der Herr Pfarrer Lüttger vorschlug und die mit überwältigender Mehrheit, nahezu einstimmig, angenommen wurde. Die Versammlung stellt fest, daß das Programm der Deutsch-nationalen Volkspartei am vollständigsten ihren Forderungen entspricht; — daß aber auch die deutsche Volkspartei und neuerdings auch die Demokratische Volkspartei in e i g e n e n den meisten ihrer Forderungen gerecht zu werden versprechen — und überläßt den Mitgliedern der Deutsch-Evangelischen Volksvereinigung danach ihre Abstimmung.*

Die „Wiesbadener Zeitung“ Nr. 39 (24. 1. 19) schreibt:

Demokratisch-sozialdemokratische Mehrheitsbildung.

Die „Frankfurter Zeitung“, neben dem „Berliner Tageblatt“ die eigentliche Führerin der Deutschen demokratischen Partei, empfiehlt dieser Partei, in Zukunft noch schärfer als bisher Stellung zu nehmen gegen den „reaktionären Rechtsblock“, also gegen die sämtlichen anderen bürgerlichen Parteien.

Triumphierend stellt die „Frankfurter Zeitung“ fest, daß die demokratische Partei als die zweitgrößte Partei in der Nationalversammlung auch berufen ist, mit der Sozialdemokratie die Regierung zu bilden. Interessant ist namentlich folgendes Zugeständnis:

„Hätte sich die Deutsche demokratische Partei auf eine allgemeine Listenverbindung eingelassen, so wäre die Zahl ihrer Mandate zweifelslos erheblich größer geworden. Aber der neuen Partei wäre damit auch das Rückgrat gebrochen gewesen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ gibt also zu, daß die Deutsche demokratische Partei durch die Ablehnung der Listenverbindung der Sozialdemokratischen Partei Vorzueh geleistet hat. Denn die verlorenen Mandate sind nicht nur den Demokraten, sondern durchweg den bürgerlichen Parteien verloren gegangen, der Sozialdemokratie aber zugute gekommen. Die „Frankfurter Zeitung“ verrät dadurch den Zweck der Ablehnung: Die Deutsche demokratische Partei will ohne Rücksicht auf die Interessen des Bürgertums die Abgeordnetenwahl der Sozialdemokratie so stark vermehren, daß ihre eigenen mit den sozialdemokratischen zusammen eine Mehrheit bilden können.

Auf eine Mehrheitsbildung mit den bürgerlichen Parteien kommt es also den führenden Geistes der Demokratie nicht nur nicht an, sie schimpfen vielmehr ganz im sozialdemokratischen Tone das gesamte nicht demokratische Bürgertum „reaktionär“ und wollen überhaupt nichts mit ihm zu tun haben. Sie wollen eben „mit der Sozialdemokratie“ regieren.

Parteiinteressen sind es, die sie leiten, nicht die Interessen des Volkes.

Auf Kosten des deutschen Bürgertums wollen sie das Rückgrat der radikalen Demokratie stärken, d. h. sie wollen als demokratische Partei herrschen, aber

nicht mit dem Bürgertum, sondern gegen es, nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern mit ihr.

Sie hantieren des Bürgertums, d. h. die Haut der Wähler, durch die die demokratischen Abgeordneten gewählt worden sind, ist ihnen gerade gut genug, um im trauten Verein mit der Sozialdemokratie Nieten daraus zu schneiden. Man muß den führenden demokratischen Blättern dankbar sein, daß sie mit der Sprache herausdrücken und Aufklärung verbreiten. Nur weiter so, dann wird die Wählerschaft schon abrücken von der demokratischen Partei; denn: nur die allgrößten Käber wählen ihre Megger selber!

Montag, 3. Februar 1919

Nassauer Markt.

Rasierseife.

Die Friseurgeschäfte, welche Rasierseife benötigen wollen sofort per Postkarte an die Geschäftsstelle des Kreisverbandes Unterlahn, M. Kuchendach, Diez, ihre Adresse aufgeben.

Bekanntmachung.

Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß trotz des in § 20 der Verordnung des Oberbefehlshabers der Armee ausgesprochenen Verbotes, alle Waffen und Munition der Militärbehörde auszuliefern, sich noch zahlreiche Waffen im Besitze von Einwohnern befinden. Den Einwohnern, die ihre Waffen und Munition noch nicht an die Bürgermeistereien abgegeben haben, wird eine letzte Frist bis 4. Februar gemährt.

Nach Ablauf dieser Frist wird mit strengsten Strafen vorgegangen werden gegen:

1. Die Zuwiderhandelnden, die kriegsgerichtlich abgeurteilt werden.
2. Die Gemeinden, denen Geldstrafen auferlegt werden.
3. Gegebenenfalls gegen den Bürgermeister, der persönlich verantwortlich gemacht werden kann.

Um festzustellen, ob alle Waffen abgeliefert wurden, werden Haus- u. w. suchungen abgehalten werden.

Der Chef

der Militärverwaltung des Unterlahnkreises:
A. Graignic, Rittmeister

Sollten Waffen und Munition irgendwelcher Art wider Erwarten zurückgehalten worden sein, so sind diese bis spätestens Dienstag, den 4. Februar aus dem Rathause abzuliefern. Auf den Ernst der Mahnung und die Schärfe der Strafe wird besonders hingewiesen.

Nassau, den 29. Januar 1919.

Der Bürgermeister:

Hasenclever.

Bekanntmachung.

Die Ortskommandantur hat Veröffentlichung folgenden Befehls angeordnet:

1. Bei Schneefall sind die Straßen, besonders die Straßen der Stadt, sofort so zu reinigen, daß der Verkehr niemals unterbrochen wird.

Es ist streng verboten, Rutschbahnen, Eisbahnen auf öffentlichen Straßen anzulegen oder auf diesen mit Handschlitten (kleine Schlitten für Kinder) zu fahren. Bei Uebertretungen dieses Verbots durch Kinder werden deren Eltern zur Rechenschaft gezogen.

Nassau, den 8. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung:
Hasenclever.

J.-Nr. II. 440. Diez, 22. Januar 1919.

Bekanntmachung.

Betr.: Neuordnung des Zulagewesens für die Schwer- und Schwerstarbeiter.

Nach dem Erlass des Herrn Staatssekretärs des Reichs-ernährungsamts vom 21. Dezember 1918 haben alle Zulagen mit Ausnahme der Zulagen für die Bergarbeiter unter Tag und der Schwer- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn fortzufallen.

Hiernach erhalten mit Wirkung vom 26. Januar 1919 nur noch die Bergarbeiter unter Tag und die Schwer- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn die Zulagen, während alle übrigen Zulagen nicht mehr gewährt werden dürfen.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, die Ortsbewohner entsprechend zu verständigen, daß in ihren Gemeinden ansässigen Betrieben hiervon Nachricht zu geben und die erlassenen Bestimmungen wegen der Ausgabe der Zulagen die voll beisehen bleiben, genau zu beachten.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

Thön.

Veröffentlicht.

Nassau, den 28. Januar 1919.

Der Bürgermeister:

Hasenclever.

Bekanntmachung.

Der Chef der Militärverwaltung in Diez hat Feststellung verlangt, welche Lebens- und Futtermitteln, Brennstoffe, Material, Geflügel etc. von den Besatzungstruppen in der Zeit vom 11. bis 31. Januar requiriert oder aufgekauft worden sind. Der Truppenteil, der die Requisition oder den Ankauf ausgeführt hat, ist anzugeben.

Meldung ist am 1. und 3. Februar, vormittags, auf dem Rathause, Zimmer 1, zu erstatten. Der Termin ist pünktlich einzuhalten.

Nassau, den 28. Januar 1919.

Der Bürgermeister:

Hasenclever.

Bekanntmachung.

Zwecks Feststellung der Vergütung für Quartierleistungen beim Rückmarsch der deutschen Truppen im Monat November und Dezember 1918 sind die Quartierbillets auf dem Rathause, Zimmer 1, bis zum 6. Februar vorzulegen. Zum selben Termin sind Anmeldungen über gleiche Quartierleistungen zu machen, für welche keine Quartierbillets vorliegen unter Glaubhaftmachung der stattgefundenen Leistung.

Forderungen, die nach dem 6. Februar 1919 geltend gemacht werden, können keine Berücksichtigung finden.

Nassau, 23. Januar 1919.

Der Magistrat:

Hasenclever.

Pa. Portland-Zement

von Dyckerhoff, Amöneberg-Biebrich, erhalten.
Chr. Balzer, Nassau,
Baumaterialienhandlung.

Bekanntmachung.

Die Büros des Bürgermeistersamtes sind an den Wochentagen für den öffentlichen Verkehr vormittags von 8—12½ Uhr geöffnet. Nachmittags können Personen nur in den allerdringlichsten Fällen Abfertigung finden, da der Nachmittag zur Erledigung des Schriftverkehrs ausgenutzt werden muß. Die Einwohner werden gebeten sich hierin einrichten zu lassen.

Nassau, 17. Januar 1919.

Der Bürgermeister:
Hasenclever.

Bekanntmachung.

Alle bereits abgeforderten Obstbäume, die dünnen Äste und Aststumpfen, sowie Misteln an noch nicht abgeforderten Obstbäumen sowohl in Gärten als in Feldern, sind bis zum 1. April d. Js. zu entfernen. Das dünne Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort und Stelle zu verbrennen.

Nassau, den 17. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung:
Hasenclever.

Bekanntmachung.

Gemäß § 6 des Ortsstatuts betr. das Feuerlöschwesen der Stadt Nassau wird hiermit bekannt gemacht, daß sich beim nächsten Brande — Bünen der im Turm der evangelischen Kirche befindlichen Glocke — nur die Mitglieder des 1. Viertels der Pflichtfeuerwehr am Gefechtsort einzufinden haben. Zum 1. Viertel gehören Bahnhofstraße, Lohnstraße, Rischstraße, Römerstraße, Brückengasse, Kettenbrückstraße, Emserstraße und Koppelheck.

Nassau, 21. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung:
Hasenclever.

Bekanntmachung.

Bei Eintritt von Frost machen wir darauf aufmerksam, daß es zum Schutze der in den Häusern befindlichen Wasserleitungs- und Wassermeßer dringend erforderlich ist, Fenster und Türen, namentlich in Kellern, dicht zu schließen, um kostspielige Reparaturen infolge Frostschäden nach Möglichkeit zu ersparen. Etwa entstehende Kosten fallen den Hausbesitzern zur Last.

Nassau, 23. Januar 1919.

Der Magistrat:
Hasenclever.

Nachrichten des Wirtschafts-amtes der Stadt Nassau.

Fleisch.

Die Menge Fleisch und Fleischwurste die in dieser Woche verabschlagt wird ist aus dem Aushang in den Metzgerläden zu ersehen.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren findet am Freitag statt und zwar vormittags von 7½—12 und nachmittags von 1—7 Uhr.

Am Interesse eines geregelten Verkehrs werden die Verkaufsstunden wie folgt festgesetzt.

Freitag Vormittag.

Von 7½—9 Uhr Fleisch. 2401—2900

Von 9—10½ Uhr Fleisch. 2901—Schl. und 1—250

Von 10½—12 Uhr Fleisch. 251—650

ferner Winden

Freitag Nachmittag:

Von 1—2½ Uhr Fleisch. 651—1000

Von 2½—4 Uhr Fleisch. 1001—1500

ferner Hühner und Zimmerschab.

Von 4—5½ Uhr Fleisch. 1501—2000

Von 5½—7 Uhr Fleisch. 2001—2400

Brot.

Aber Zulagen an Schwer- u. Schwerstarbeiter wird auf die heute veröffentlichte Bekanntmachung verwiesen. Die Ausgabe der Brotzuzulagen für Bergarbeiter unter Tag und für Schwer- und Schwerstarbeiter bei der Eisenbahn erfolgt am Freitag, den 31. Januar, vormittags auf dem Bürgermeistersamt, Zimmer 1, und zwar für 2 Wochen.

Marmelade.

Auf Wunsch 2 der Lebensmittelkarte werden von Mittwoch bis einschließlich Samstag dieser Woche in den Geschäften von Johann Egenolf, Witwe Lorch und Witwe Strauß 125 Gramm Marmelade verabfolgt.

Bekanntmachung.

Die an den Obstbäumen angebrachten Kleb- ringe müssen jetzt abgenommen und verbrannt werden. Die Klebringstelle ist mit einer schmalen Bürste alsdann gründlich zu reinigen.

Nassau, 17. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung:

Hasenclever.

Bonbons und Pfefferminz

eingetroffen bei

Alb. Rosenthal, Nassau.

Wirz'sche Hustenstiller,

ärztlich empfohlen,

von überaus starker Wirkung und angenehmem Geschmack. In Beuteln zu 80 cts erhältlich bei J. W. Kuhn, Nassau.

Ausstopferei von Vögeln und Tieren, Gerben kleiner Felle

Emsbach, Coblenz, Böhmer, 47/49 III.

Die bei mir gekauften Nassauischen Landeskaleender sind sofort zurückzugeben.

Theodor Brunn.

Geschäfts-Empfehlung!

Den geehrten Einwohnern von Nassau und Umgebung die Mitteilung, daß ich mit den heutigen Tage in meinem Hause, Emserstraße 9, ein

Schuhmacher-Geschäft

eröffnet habe und halte mich bei vorzukommen den Bedarfe bestens empfohlen.

Reparaturen prompt und billig.

— Anfertigung nach Maß. —

Wilhelm Degenhardt, Nassau,
Emserstraße 9.

Für die vielen Glückwünsche anlässlich unserer Silbernen Hochzeit sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.
Heinrich Kasper u. Frau,
Nassau, 28. Jan. 1919.

Schönes Zimmer,

in guter Lage, möbliert oder unmöbliert, preiswert an einzelne Person zu vermieten. Schriftliche Angebote erbeten an die Geschäftsstelle.

Ca. 20 junge Zweifeldbäume zu verkaufen. Haus Lahenberg, Bergnassau.

Wir Nassauer!

Ein Buch, zu welchem über dreihundert, größtenteils bekannte und beliebte Nassauer Dichter und Schriftsteller Beiträge erstatten und deren Inhalt geliefert haben. Das Buch wird in den Familien sehr gern gelesen und ist auch als Geschenk an Einzelstehende sehr geeignet. Preis Mk. 3,—

Erhältlich bei

J. W. Kuhn, Nassau.

Mugen-Pfeifen, Porzellan-Pfeifen

empfiehlt

Albert Rosenthal, Nassau.

Rohlen- und Rehröhrchen

eingetroffen bei

J. W. Kuhn.

Zigarren

in verschiedenen Preislagen eingetroffen.

Albert Rosenthal, Nassau.